

# AGEZ-Positionspapier zum Global Marshall Plan

## Kurzcharakteristik

Der „Global Marshall Plan“ ist eine Initiative für globale Sicherheit, Frieden und Wohlstand für alle Menschen auf diesem Globus. Er soll insbesondere die Lebensbedingungen der zwei Milliarden ärmsten Menschen verbessern.<sup>1</sup>

Der Global Marshall Plan inkludiert in seinem Konzept implizit die 0,7%-Verpflichtung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und ausdrücklich das Programm der Millennium Development Goals (MDGs).<sup>2</sup>

Über diese beiden Programme hinaus sieht das Konzept zusätzliche Finanzierungen durch Sonderziehungsrechte, Tobin Tax und eine „Terra Tax“ (Steuern auf Telekommunikation, Energie, Landwirtschaft, Pharma-Produkte und Rüstungsgüter) vor, aus der die finanziellen Notwendigkeiten zumindest zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leicht bedeckt werden könnten.

Der substanzielle Zusatz des Global Marshall Plans (GMP) über die Millenniumsentwicklungsziele hinaus ist das wirtschaftspolitische Konzept einer öko-sozialen Marktwirtschaft, die weltweite soziale und ökologische Mindeststandards vorschreibt.

## Positive Aspekte des Konzepts

- Ziele gehen über MDGs hinaus (es geht nicht um die Halbierung von Armut, sondern das Ziel ist Null Armut)
- Konzept für die Finanzierung liegt vor<sup>3</sup>
- Starke Einbindung von NGOs in Nord und Süd ist vorgesehen<sup>4</sup>
- Einbindung der Zivilgesellschaft ist vorgesehen<sup>5</sup>
- Lernen von den besten ökologischen und sozialen Projekten<sup>6</sup>
- Ablehnung des Neoliberalismus<sup>7</sup>
- Ablehnung des Washington Consensus<sup>8</sup>
- Forderung zur Durchsetzung der ILO-Standards<sup>9</sup>
- Einforderung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte<sup>10</sup>

---

<sup>1</sup> Glocalist Nr. 19 / 2004 „Die Global Marshall Plan Initiative“, Seite 22

<sup>2</sup> Radermacher, „Global Marshall Plan“, Hamburg, 07 /2004, Seite 33 und an anderen Stellen

<sup>3</sup> Ebenda, Seite 146 f, 168 f

<sup>4</sup> Ebenda, Seite 41, 43, 171 f

<sup>5</sup> Ebenda, Seite 41

<sup>6</sup> Ebenda, Seite 171 f

<sup>7</sup> Ebenda, Seite 59, 108

<sup>8</sup> Ebenda, Seite 58

<sup>9</sup> Ebenda, Seite 75 ff

<sup>10</sup> Ebenda, Seite 44

- Forderung sozialer und ökologischer Mindeststandards weltweit<sup>11</sup>
- Forderung nach Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen<sup>12</sup> und der Politiken von WTO<sup>13</sup>, Weltbank, IWF etc.
- Öffnung der Märkte im Norden für Südprodukte<sup>14</sup> (Abbau der Handels-Hemmnisse)
- Gegenseitiger Respekt der Kulturen<sup>15</sup>

## **Fragliche Aspekte des Konzepts**

- Das Konzept ist Europa-dominiert und geht von einer Führungsrolle Europas in der Umsetzung aus (in der Praxis mag eine Lokomotivfunktion Europas hilfreich sein, aber als Konzept-Bestandteil ist sie bedenklich).<sup>16</sup>
- Das Konzept setzt auf ökosoziale Marktwirtschaft (eine gezähmte Form des Kapitalismus); in der Zivilgesellschaft werden auch Alternativen zum Kapitalismus gesucht/diskutiert.
- Die partnerschaftliche Einbindung des Südens bei Konzeptentwicklung und Implementierung ist zweifelhaft, bis die derzeitigen AkteurInnen das Gegenteil nachgewiesen haben.
- Im Konzept wird zwar auf die Verschuldung der Entwicklungsländer verwiesen (Nettokapitalfluss in die reichen Länder). Die Forderung nach Schuldenstreichung für die LDCs fehlt jedoch. Allerdings verliert dieser Aspekt bei Umsetzung des GMP an Brisanz.
- Das Konzept enthält keine Erklärung, mit welchen politischen Mitteln die Veränderung der Politiken von WTO, Weltbank, Währungsfonds erreicht werden sollen.
- Das Konzept schlägt vor, dass ILO-Standards im Rahmen der WTO bindend werden. Zu ihrer Durchsetzung sollen die Sanktionsmechanismen der WTO eingesetzt werden. Damit wird natürlich die Dominanz der WTO fortgeschrieben bzw. sogar ausgebaut.

## **Negative Aspekte des Konzepts**

- Das Konzept ist ein Konzept des Nordens, die bisherige Einbindung des Südens in die Konzeptentwicklung ist nicht befriedigend.
- Das Konzept nimmt neoliberale Anleihen (zB es geht um die Liberalisierung von Märkten; zB Forderung nach mehr Direktinvestitionen, obwohl nur 1,3% in LDCs gehen; zB Entwicklungsländer sollen Kapazitäten aufbauen, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, doch wäre es besser zuerst die eigene Industrie aufzubauen).
- Das Konzept setzt auf (ungebremstes) Wirtschaftswachstum (auch im Norden)<sup>17</sup>.
- Die Genderproblematik wird im Konzept nahezu gänzlich ausgeblendet. Es wird auch nicht darauf fokussiert, dass Armut primär Frauen betrifft. Dementsprechend gibt es auch keine Konzeption, die auf diese spezifische Situation eingeht.
- Der Süden wird gegen Finanzierungshilfen „gezwungen“, die sozialen und ökologischen Mindeststandards zu akzeptieren (Dialog und gemeinsames Bekenntnis fehlen bisher).

---

<sup>11</sup> Ebenda, Seite 33, 81 f

<sup>12</sup> Ebenda, Seite 38

<sup>13</sup> Ebenda, Seite 50

<sup>14</sup> Ebenda, Seite 38

<sup>15</sup> Ebenda, Seite 166

<sup>16</sup> Ebenda, Seite 107

<sup>17</sup> Ebenda, Seite 107

## Ergänzungen für eine Überarbeitung des GMP

- Idealerweise sollten alle Regelungen in paritätisch besetzten Gremien von VertreterInnen des Südens und des Nordens erarbeitet werden. Es braucht die Sicherstellung einer ausreichenden Beteiligung von zivilgesellschaftlichen VertreterInnen aus den Ländern des Südens in den Diskussionsforen des GMP.
- Länder im Süden, die soziale und ökologische Mindeststandards akzeptieren, müssen verpflichtend eine Abgeltung (nicht Finanzhilfen) für eventuell dadurch eintretende finanzielle Nachteile erhalten (zumindest über einen zu definierenden Zeitraum von mindestens 10 Jahren). Ein transparenter Berechnungsmechanismus für diese finanziellen Nachteile wäre auszuarbeiten und zu vereinbaren. Ebenso wie und von wem die Mittel aufgebracht werden. Die Einklagbarkeit vor einem internationalen Gerichtshof ist vorzusehen.
- Die Auswirkungen des GMP auf Frauen und Männer sollten durchgehend berücksichtigt werden. Insbesondere die Rolle der Frauen in der Gestaltung des Plans sollte in jedem Kapitel Eingang finden und darauf Bezug genommen werden, denn Armut trifft primär Frauen.
- Es fehlt eine Überarbeitung dahingehend, dass Wirtschaftswachstum keine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Umsetzung des GMP ist.
- Es braucht eine nachvollziehbare Strategie, wie die WTO demokratisiert und ihre politischen Vorstellungen den Millenniumsentwicklungszielen gerecht werden, wenn zB ILO-Standards im Rahmen der WTO bindend und zu ihrer Durchsetzung die Sanktionsmechanismen der WTO eingesetzt werden sollen. Ebenso braucht es eine nachvollziehbare Strategie, wie Weltbank und Währungsfonds tatsächlich zu Millenniumsentwicklungszielen gerechten Politiken gebracht werden.
- Ähnlich der Menschenrechtsbeauftragten aus dem Jahr 1998 sollte es in jedem österreichischen Ministerium Ansprechpersonen geben, die für diesen Prozess verantwortlich sind und eine Schnittstellenfunktion ausfüllen können.
- Zusätzlich zur Schaffung (politische Umsetzung) von Instrumenten zur Ressourcenmobilisierung wie der Tobin Tax sollte es im GMP auch einen Arbeitsbereich geben, der sich mit der Schaffung geeigneter Verwaltungsstrukturen zur Umsetzung bereits eingegangener internationaler Verpflichtungen auseinandersetzt. Dabei geht es um die Entwicklung von Indikatoren und Zeitplänen sowie um legislative Projekte in Zusammenarbeit mit Parlamentariern.
- Ein Austausch mit südlichen RegierungsvertreterInnen, in denen es bereits progressive Instrumente gibt, wie zum Beispiel in Indien oder Brasilien wäre wünschenswert. In Indien gibt es seit dem Sommer 2004 eine Security Transaction, eine Steuer auf sämtliche Wertpapiertransaktionen an der indischen Börse. In Brasilien arbeitet seit drei Jahren eine Plattform für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte mit nationalen Sonderberichterstattern zu den Grundrechten Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheit. Neue demokratische Methoden, wie die in Porto Alegre einwickelte und erfolgreich erprobte partizipative Budgeterstellung auf lokaler Ebene sollten ebenfalls verbreitet werden.

## Zusammenfassung

Das Konzept des Global Marshall Plans beinhaltet sehr viele Forderungen, die von entwicklungspolitischen NGOs an die EntscheidungsträgerInnen der Industriestaaten adressiert wurden. Er beschreibt ein plausibles Konzept zur Erreichung der MDGs, aus dem gegenüber dem UN-MDG-Programm insbesondere die Konkretisierung der Finanzierung heraus sticht. Viele inhaltliche Forderungen sind konsistent mit AGEZ-Forderungen und decken zentrale Punkte ab

(0,7%, Tobin Tax, ILO-Standards, Abkehr von Neoliberaler Politik, stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft, Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen etc.).

Das Konzept in der Entwicklung ist sehr nordlastig. Eine breite Einbindung der Zivilgesellschaft des Nordens ist beabsichtigt, teilweise realisiert. Die Einbindung des Südens ist absolut nicht ausreichend. Die Genderproblematik wird nahezu ausgeblendet.

## **Vorgeschlagene Position**

Die AGEZ und die Nullkommasieben-Kampagne begrüßen trotz oben genannter Kritik die Initiative zum Global Marshall Plan, weil er bisher das ambitionierteste und umfassendste Programm für eine Welt ohne Armut darstellt. Er schlägt zusätzliche Finanzierungsinstrumente vor und fordert nachhaltiges Wirtschaften auf Basis von sozialen und ökologischen Mindestkriterien weltweit. Viele andere Gruppen wie beispielsweise der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen NGOs und der Stifter des alternativen Nobelpreises unterstützen den Global Marshall Plan.

Die AGEZ und die Nullkommasieben-Kampagne unterstützen den Forderungskatalog und das Finanzierungskonzept des Global Marshall Plan.

Die AGEZ sieht jedoch auch erhebliche konzeptionelle Defizite. Zu deren Behebung fordert sie die AkteurInnen der Initiative auf, im Rahmen des Global Marshall Plans breiten Raum für eine echte Partnerschaft mit dem Süden (Regierungen und Zivilgesellschaft) in der konzeptionellen Arbeit und in der Implementierung vorzusehen und zu sichern. Ebenso fordert sie ein, der Situation und der Rolle der Frauen in der Analyse, in der Konzeption und in der Implementierung den adäquaten Stellenwert und Raum einzuräumen.

Wien, 3. November 2004